



Rosenstadt | ZWEIBRÜCKEN

28.01.2026

Niederschrift

über die 14. Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am Mittwoch, dem 14.01.2026,
17:00 Uhr, im Ratssaal, Eingang Schillerstraße

Anwesend:

Vorsitz

Oberbürgermeister Dr. Marold Wosnitza

Stadtvorstand

Bürgermeister Christian Gauf
Beigeordnete Christina Rauch

Ausschussmitglieder

| | |
|-----------------------|---|
| Moritz Bächle | |
| Theresa Baumann | |
| Pascal Dahler | anwesend ab 17:06 Uhr, TOP I/1 |
| Rebecca Dahler | anwesend ab 17:06 Uhr, TOP I/1 |
| Marcel de Gruisbourne | |
| Kurt Dettweiler | |
| Rolf Franzen | in Vertretung für Frau Sara-Kim Schneider |
| Klaus Fuhrmann | in Vertretung für Herrn Stéphane Moulin |
| Jonas Keuchel | in Vertretung für Herrn Falk Dettweiler |
| Patrick Lang | |
| Elisabeth Metzger | in Vertretung für Herrn Heinrich Grim |
| Dr. Norbert Pohlmann | |
| Walter Rimbrecht | |
| Gertrud Schiller | |
| Erika Watson | |

Protokollführung

Anna Weber

von der Verwaltung

Miraha Alexander
Dr. Annegret Bucher
Alessa Buchmann
Jens John
Anne Kraft
Johannes Kuhn

14. Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 14.01.2026

Angeline Letkiman
Monika Urbatsch

Abwesend:

Ausschussmitglieder

Falk Dettweiler
Heinrich Grim
Christian Hofer
Thomas Körner
Stéphane Moulin
Sara-Kim Schneider

14. Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 14.01.2026

T a g e s o r d n u n g

- 1 Bekanntgabe von über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen bis 10.000 Euro
Vorlage: 20/3685/2025
- 2 Ansiedlungsförderung Innenstadt; Beschlussfassung
Vorlage: 10/3668/2025/1
- 3 Vollzug des § 94 Abs. 3 GemO, Annahme von Spenden
Vorlage: 10/3708/2025
- 4 Bekanntgabe der im nicht-öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

14. Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 14.01.2026

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr.
Er stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgerechte Einladung der Mitglieder fest.

14. Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 14.01.2026

Punkt 1: **Bekanntgabe von über- bzw. außerplanmäßigen**
(öffentlich) **Aufwendungen/Auszahlungen bis 10.000 Euro**
 Vorlage: 20/3685/2025

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ausschussmitglied Watson (FDP) erkundigt sich zu einer Position über 5.000 Euro für den Bau eines Muldensystems in Rimschweiler. Sie fragt nach den weiteren Kanalisationsarbeiten in den betroffenen Gebieten, insbesondere in Rimschweiler und Bubenhausen, und ob diese Maßnahmen auch auf andere Gebiete der Stadt ausgeweitet werden müssten.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Maßnahmen auf Aufforderung der Struktur- und Genehmigungsdirektion (SGD) erfolgen und bei weiteren Ausweisungen durch die SGD ebenfalls umgesetzt werden müssten. Aktuell seien jedoch nur die genannten Gebiete betroffen. Er werde bei dem UBZ nachfragen, ob künftig auch andere Bereiche im Stadtgebiet über diesen Weg entwässert werden müssen.

Ausschussmitglied Franzen (CDU) thematisiert eine Position im Zusammenhang mit der Berufsbildenden Schule (BBS) und fragt, warum Möbel aus einem anderen EU-Land bezogen wurden.

Die Beigeordnete Rauch erläutert, dass es sich um eine Umbuchung ohne Mehrkosten handle und die Möbel nur in diesem EU-Land verfügbar gewesen seien.

Ausschussmitglied Dettweiler (FWG) spricht die Steuerung von Pollern an und äußert Bedenken hinsichtlich der Sicherheit. Er fragt, ob es möglich sei, dass unbefugte Personen die Poller bedienen könnten.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Stadt klare Regelungen habe, wer entsprechende Sender erhalten dürfe, und dass eine vollständige Sicherheit nicht gewährleistet werden könne. Er schlägt vor, die Thematik im Bau- und Umweltausschuss ausführlich zu diskutieren.

Ausschussmitglied Watson (FDP) bringt den Parkplatz in der Uhlandstraße zur Sprache und verweist darauf, dass dieser erst kürzlich neu gestaltet worden sei.

Der Vorsitzende stellt klar, dass der Parkplatz nicht neu gestaltet, sondern lediglich die Planungskosten im Haushalt eingestellt worden seien. Der Stadtrat habe im letzten Jahr aus Spargründen beschlossen, den Ausbau zu verschieben, jedoch die Planungskosten in Höhe von 30.000 Euro zu belassen. Die Maßnahme werde zu 90 Prozent über städtebauliche Mittel gefördert.

Im Anschluss nimmt der Haupt- und Personalausschuss diese Angelegenheit zur Kenntnis.

14. Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 14.01.2026

Verteiler:

20

60 - BauA

UBZ – Beantwortung der Nachfrage von Frau Watson an Amt 10

14. Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 14.01.2026

Punkt 2: **(öffentlich)**

Ansiedlungsförderung Innenstadt; Beschlussfassung **Vorlage: 10/3668/2025/1**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und erinnert daran, dass der Tagesordnungspunkt bereits in der Stadtratssitzung am 12. November 2025 behandelt werden sollte, jedoch weiterer Beratungsbedarf bestand. Die nun vorliegende Vorlage enthalte ausgearbeitete Richtlinien, die unter anderem Vorschläge der CDU-Fraktion berücksichtigen würden. Es sei vorgesehen, dass der Haupt- und Personalausschuss über die Vergabe von Zuschüssen entscheide. Die ADD habe bestätigt, dass es sich hierbei nicht um einen Problembereich handle, da die Maßnahmen der Wirtschaftsförderung dienen. Ziel sei es, Personen, die ein Geschäft in der Innenstadt eröffnen und einen Mehrwert schaffen möchten, durch Zuschüsse zu unterstützen. Eine Mitgliedschaft im gemeinsamen Handel sei verpflichtend, wobei die Kosten für die ersten zwei Geschäftsjahre übernommen würden.

Ausschussmitglied Keuchel (AfD) äußert Bedenken hinsichtlich der Zuschüsse, da man damit die aus seiner Sicht unrealistische Mietvorstellungen der Vermieter in der Innenstadt fördere.

Der Vorsitzende entgegnet, dass die Mietpreise in der Innenstadt signifikant gesunken seien und die Mietkosten vor der Antragstellung feststehen müssten, um Missbrauch zu vermeiden. Er betont, dass das Risiko eines Missbrauchs gering sei.

Ausschussmitglied Dahler (CDU) bedankt sich bei der Verwaltung und der Wirtschaftsförderung für die überarbeitete Richtlinie und hebt hervor, dass die Änderungen positiv aufgenommen worden seien. Er stellt jedoch rechtliche Fragen, insbesondere zur Gleichbehandlung von Antragstellern, und erkundigt sich nach Möglichkeiten zur Förderung bestehender Geschäfte in der Innenstadt. Zudem regt er an, den neu gegründeten Wirtschaftsrat einzubinden und im Antragsformular eine Rubrik für die potenziell entstehenden Arbeitsplätze aufzunehmen.

Frau Kraft (Wirtschaftsförderung) erklärt, dass die meisten Betriebe in der Innenstadt kleine Unternehmen seien, die in der Regel keine großen Personalstäbe benötigen. Sie betont, dass die Förderung darauf abziele, möglichst viele Interessenten zu gewinnen.

Ausschussmitglied Dahler (CDU) schlägt vor, die Diskussion über die Arbeitsplätze im Antragsformular zu verankern, um eine bessere Entscheidungsgrundlage zu schaffen.

Der Vorsitzende stellt klar, dass der Wirtschaftsrat nicht eingebunden wurde, da feste Termine dies nicht ermöglicht hätten. Er regt an, die Sondernutzungsgebühren grundsätzlich zu überdenken, da deren Wegfall während der Corona-Zeit positive Effekte auf die Gastronomie gehabt habe.

Frau Kraft unterstützt diesen Vorschlag und ergänzt, dass die Einnahmeverluste durch den Wegfall der Gebühren gering seien, während die Vorteile für die Betreiber erheblich seien. Sie berichtet zudem über weitere Maßnahmen zur Förderung der Innenstadt, darunter die

14. Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 14.01.2026

Bewerbung für das Modellvorhaben „Innenstadt-Impulse“ des Landes Rheinland-Pfalz, die Einführung einer digitalen Präsenz der Innenstadt, die Teilnahme am „Ladencheck“-Programm der IHK sowie die Überprüfung des Wochenmarktes, um dessen Attraktivität zu steigern. Langfristige Mietkostenzuschüsse hält sie jedoch für nicht umsetzbar.

Frau Dr. Bucher (Rechtsamt) erläutert die rechtlichen Aspekte der Förderung. Das Verfahren entspreche den üblichen Standards, und es bestehe kein Anspruch auf Förderung. Die Entscheidung liege im Ermessen der Verwaltung bzw. des Haupt- und Personalausschusses, wobei die Wirtschaftsförderung die Anträge vorab prüfe. Ein rechtliches Risiko durch mögliche Klagen sei nicht auszuschließen, da grundsätzlich jeder, der einen Ablehnungsbescheid erhält, das Recht auf Widerspruch habe.

Ausschussmitglied Franzen (CDU) unterstützt die Anregung, die geplante Arbeitsplatzzahl im Antragsformular aufzunehmen, da dies ein zusätzliches Kriterium für die Entscheidungsfindung sein könne.

Frau Kraft stimmt zu, betont jedoch, dass die tatsächliche Erfüllung der angegebenen Arbeitsplatzzahl nicht überprüft oder sanktioniert werden sollte.

Die CDU-Fraktion stimmt dem zu.

Ausschussmitglied Rimbrecht (SPD) hebt hervor, dass die Förderung der Innenstadt notwendig und verdient sei. Er lobt die unbürokratische Ausgestaltung der Richtlinie und betont, dass die Maßnahmen mit relativ geringem Mitteleinsatz eine große Wirkung erzielen könnten. Er bedankt sich bei der Verwaltung für die schnelle und rechtssichere Ausarbeitung.

Ausschussmitglied Lang (Grüne) spricht sich gegen die Aufnahme der Arbeitsplatzzahl ins Antragsformular aus, da dies keinen Mehrwert biete. Er weist darauf hin, dass durch die Förderung langfristig auch Gewerbesteuereinnahmen generiert werden könnten. Zudem regt er an, den Begriff „Wirtschaftsrat“ zu überdenken, da dieser irreführend sei.

Ausschussmitglied Watson (FDP) lobt die übersichtliche Gestaltung des Antrags und fragt nach dem weiteren Verfahren.

Frau Kraft erklärt, dass die Wirtschaftsförderung die eingegangenen Anträge prüfe und bei Bedarf Rückfragen kläre. Die Entscheidung über die Förderung treffe letztendlich der Haupt- und Personalausschuss.

Zunächst wird über den weitergehenden Antrag, bei dem die geplante Arbeitsplatzzahl im Antragsformular aufgenommen werden soll.

Es ergibt sich folgendes

14. Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 14.01.2026

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|---|
| Ja: | 6 |
| Nein: | 8 |
| Enthaltung: | 1 |

An der Abstimmung nahmen 15 Mitglieder teil.

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Im Anschluss wird über den ursprünglichen Vorschlag abgestimmt.

Der Haupt- und Personalausschuss macht dem Stadtrat folgenden

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die „Richtlinie für die Förderung von Ansiedlungen und Geschäftsübernahmen in den Erdgeschosszonen der Innenstadt“ gemäß Anlage.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 14 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 1 |

An der Abstimmung nahmen 15 Mitglieder teil.

Verteiler:

Wifö

30

14. Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 14.01.2026

Punkt 3: **(öffentlich)**

Vollzug des § 94 Abs. 3 GemO, Annahme von Spenden
Vorlage: 10/3708/2025

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Nach kurzer Aussprache fasst der Haupt- und Personalausschuss **e i n s t i m m i g**
folgenden

Beschluss:

Der Annahme der folgenden Spenden und Sponsorenmittel wird zugestimmt.

1. Herr Patrick Schaefer spendet dem Jugendamt einen Geldbetrag in Höhe von 175,00 € für die vier Spiel- und Lernstuben.
2. Der Förderverein der Kita Hand in Hand, Höhenstraße 28, 66482 Zweibrücken, spendet dem Jugendamt Gegenstände im Wert von insgesamt 4.380,15 € für die Kita Hand in Hand. Im Einzelnen sind dies: Kugelbahn-Baukasten, magnetische Stoffbausteine, Fahrradhelme, Kosten für den Kirkler Burgsommer, Baumhöhle Nestgruppe, Fotobox für das Sommerfest, Fotodrucker für Ich-Bücher, Mirabellenbaum, Sofa für den Zauberwald.
3. Die Sparkasse Südwestpfalz, Bahnhofstraße 21-29, 66953 Pirmasens, spendet dem Jugendamt einen Geldbetrag in Höhe von 10.000,00 € für die vier Spiel- und Lernstuben. Der Betrag wird wie folgt verteilt:
 - Schwalbenstraße 4.000,00 €
 - Herzog-Wolfgang-Straße 2.000,00 €
 - Brückenstraße 2.000,00 €
 - Sternenstaub 2.000,00 €
4. Die Sparkasse Südwestpfalz, Bahnhofstraße 21-29, 66953 Pirmasens, spendet dem Beirat für Migration und Integration einen Geldbetrag in Höhe von 2.500,00 € zur Ausrichtung des Begegnungsfestes im Jahr 2026.
5. Die Schüler des Helmholtz Gymnasiums Zweibrücken spenden dem Jugendamt einen Geldbetrag in Höhe von 500,00 € für die Fachstelle Prävention.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 15 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

An der Abstimmung nahmen 15 Mitglieder teil.

Verteiler: 10.2.1, 20, 51, 50

14. Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 14.01.2026

Punkt 4: Bekanntgabe der im nicht-öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse (öffentlich)

Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung wurden eine Stellenübertragung, zwei Einstellungen und eine Beförderung beschlossen.

14. Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 14.01.2026

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 17:54 Uhr.

Der Vorsitzende

Oberbürgermeister
Dr. Marold Wosnitza

Die Schriftführer

Alessa Buchmann

Anna Weber